

dieser Logik gleichsam zwischen der »Gauche« und der »Droite« aufgespalten oder wurde Teil eines inhaltlich unbestimmten »Centre«.

Die wesentlichen Weichenstellungen für die zunehmend konservativen politischen Assoziationen des Begriffs »libéral« liegen bereits in der Zeit vor 1870. So standen während der Julimonarchie (1830-1848) die Regierungspolitik ebenso wie die vom »juste milieu« geprägte Mehrheit der Abgeordnetenkammer im Zeichen eines »libéralisme conservateur«. Die sich als liberal verstehende Opposition im zweiten Empire Napoleons III. trat zumeist durchaus systemimmanent für eine Liberalisierung des politischen Systems und für einen Übergang zur parlamentarischen Monarchie ein, während sie gleichzeitig eine sozialkonservative Grundausrichtung besaß.

In der Formierungsphase der Dritten Republik (1870-1875) konnten wichtige politische Ziele der bisherigen liberalen Opposition durchgesetzt werden. Das liberale Spektrum wurde dabei nach und nach mit dem republikanischen Lager (»parti républicain«) identisch, dem sich auch viele ehemals monarchistische »Vernunftrepublikaner« anschlossen. Gleichzeitig bestärkte der Aufstand der Pariser Commune die nach links gerichtete Frontstellung des Liberalismus massiv. Ausdrücklich sprach Adolphe Thiers, einer der führenden Liberalen seit der Julimonarchie und jetzt die dominierende Gründerfigur des neuen Systems, von einer »République conservatrice«⁷. Aus Furcht vor der sozialen Revolution und insbesondere vor einer Bedrohung der wirtschaftlichen Freiheit rückte ein Teil der Liberalen sehr eng an die Konservativen, so dass – wie die »Grande Encyclopédie« Ende des 19. Jahrhunderts rückblickend feststellte – »die Bezeichnung ›liberal‹ oftmals ein Synonym für ›reaktionär‹« wurde⁸. Einen weiteren Impuls für die Rechtsdrift des französischen Liberalismusbegriffs bildete die seit den späten 1870er Jahren wachsende Härte von Teilen des republikanischen Lagers gegen die katholische Kirche. »Libéral« wurde dabei von den Verteidigern der kirchlichen Freiheiten gleichsam usurpiert und als politisches Schutzschild zur Abwehr gegen einen als übermäßig und unduldsam empfundenen Staat instrumentalisiert. Als zu Beginn des 20. Jahrhunderts die ersten organisierten Parteien entstanden, war

6 Vgl. auch »Libéralisme«. In: La Grande Encyclopédie. Inventaire raisonné des sciences, des lettres et des arts, Bd. 22. Paris 1896, S. 172f., hier S. 173, »Mais, en France et en Italie, on a préféré dans le vocabulaire politique les qualifications de gauche et de droite.« Zur Geschichte der Links-rechts-Dichotomie im 19. Jahrhundert vgl. zusammenfassend: Jean-François Sirinelli: La Droite et la Gauche. In: Jean Pierre Rioux/Jean-François Sirinelli (Hrsg.): La France d'un siècle à l'autre. 1914-2000. Dictionnaire critique. Paris 1999, S. 151-160, hier S. 152f.

7 So Thiers am 13.11.1872 in seiner an die Nationalversammlung gerichteten Botschaft: »La République sera conservatrice, ou elle ne sera pas.« Zitiert nach Jean-Marie Mayeur: La vie politique sous la Troisième République 1870-1940. Paris 1984, S. 45.

8 »Libéralisme«. In: La Grande Encyclopédie (wie Anm. 6), S. 173: »[...] et contre lui [Sozialismus; Th.R.] se coalisent avec les conservateurs une grosse partie des libéraux, en particulier les économistes doctrinaires, de telle sorte que la qualification de libéral devient souvent synonyme de réactionnaire.«

die einzige Partei, die den Begriff »libéral« im Namen trug, die »ralliierte«, d.h. zum »Anschluss« an die Republik entschlossene katholische Kraft der »Action libérale populaire« – die dem Spektrum des französischen Liberalismus nur marginal zuzurechnen ist.

Als Quintessenz des extrem diffusen zeitgenössischen Umgangs mit dem Etikett »Liberalismus« muss festgestellt werden, dass ein wissenschaftlicher Gebrauch dieses Terminus für das Frankreich des 19. Jahrhunderts zweifellos problematisch ist. In einer die nationalstaatlichen Grenzen überschreitenden Perspektive erscheint es dennoch sinnvoll, auch für Frankreich am Liberalismusbegriff festzuhalten, denn ohne gemeinsame Worte wäre jeder Vergleich hinfällig. Die einzige mögliche Konsequenz liegt darin, einen von der zeitgenössischen französischen Terminologie weitgehend unabhängigen »transnationalen« Liberalismusbegriff zu verwenden, der sich an den freiheitlichen Grundvorstellungen der europäischen Liberalismustradition orientiert⁹.

2. *Haupttendenzen des französischen Liberalismus um 1890*

Wie bereits erwähnt, existierten in Frankreich um 1890 noch keine organisierten Parteien. »Parti« meinte zu diesem Zeitpunkt lediglich eine allgemeine weltanschauliche Tendenz, manchmal auch eine lose Gruppierung um bestimmte politische Persönlichkeiten¹⁰. Vor den Wahlen zur Abgeordnetenkammer bildeten sich jeweils regionale Wahlkomitees, deren politischer Zuschnitt landesweit stark variierte. In der Abgeordnetenkammer gab es ein fluktuierendes, zumeist an den Verwerfungslien der wichtigsten politischen Tendenzen orientiertes Fraktionswesen. Prägend für das politische Kräfte-spiel aber war ein überaus stark entwickelter Individualismus, der oftmals quer zu den fraktionellen und weltanschaulichen Strukturen agierte. Die folgende Systematisierung der innenpolitischen Landschaft Frankreichs¹¹, die mit einigen Rückblicken auf die Genese ihrer wichtigsten Konturen verbunden wird, besitzt daher einen hohen Grad an Abstraktion.

Ende des 19. Jahrhunderts war in Frankreich der »parti républicain« politisch absolut dominierend. Vorausgegangen war ein längerer Prozess der Etablierung der Dritten Republik, die 1870 in der Stunde der Niederlage gegründet

9 Vgl. zu den verschiedenen Facetten: Dieter Langewiesche (Hrsg.): Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich. Göttingen 1988; Nicolas Roussellier: L'Europe des libéraux. Bruxelles 1991, S. 15-114.

10 Instruktiv zu den Grundlagen des französischen Parteiwesens immer noch: Rudolf von Albertini: Parteiorganisation und Parteibegriff in Frankreich 1789-1940. In: HZ 193 (1961), S. 529-600.

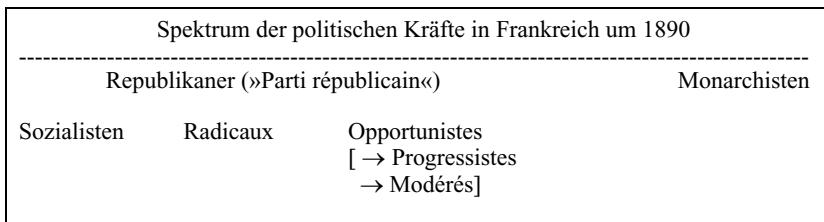
11 Vgl. zur Orientierung: Jean-Marie Mayeur: Les débuts de la Troisième République 1871-1898. Paris 1973; ders. (wie Anm. 7), S. 13-232; Pierre Lévéque: Histoire des forces politiques en France, Bd. 2: 1880-1940. Paris 1994, S. 7-29.

worden war. Die Verfassungsgesetze von 1875 bildeten nach hartem Ringen einen Kompromiss, der in die parlamentarische Demokratie auch Elemente aus der Zeit der konstitutionellen Monarchie integrierte. Dies betraf vor allem das vom Recht der Kammerauflösung ableitbare politische Potential des Staatspräsidenten zur Einflussnahme auf die Regierungen sowie die Existenz des Senats als einer zweiten, nicht nach dem allgemeinen Wahlrecht rekrutierten und als konservatives Gegengewicht angelegten Kammer.

Die späten 1870er und die 1880er Jahre waren von einem Prozess der inneren Festigung und Verankerung der parlamentarischen Republik geprägt. Nach der berühmten »Krise vom Mai 1877«, als der konservative Staatspräsident Marschall MacMahon mit seiner Auslegung der Verfassung scheiterte und das Parlament sich gegen den Machtanspruch des Präsidenten durchsetzte, erfolgte eine konsequente Parlamentarisierung des politischen Systems, in dem die präsidentielle Kammerauflösung fortan tabuisiert blieb¹². Im öffentlichen Dienst kam es zu republikanischen »Säuberungen«, die sich gegen monarchistische Kräfte richteten, während der Mythos der Revolution nationalsymbolisch in den Dienst der Republik gestellt wurde: 1879 wurde die Marseillaise zur Nationalhymne erklärt und am 14. Juli 1880 erstmals der revolutionäre Nationalfeiertag begangen. Ende der 1880er Jahre war die parlamentarische Republik bereits stark genug, um die Herausforderung der autoritär-plebisizitären Bewegung um den revanchistischen Kriegsminister General Boulanger unbeschadet, ja gefestigt überstehen zu können.

Mit dem Scheitern des Boulangismus war der Rückfall in einen plebisizitären Bonapartismus kaum noch möglich. Auch die anderen Tendenzen der monarchistischen Rechten (Legitimisten und Orleanisten) waren zu diesem Zeitpunkt aus verschiedenen Gründen bereits stark geschwächt, die zunächst noch virulenten Hoffnungen auf eine monarchische Restauration nahezu völlig zerstoben. Jene Kräfte, die im Zweiten Kaiserreich den liberalen Flügel des französischen Monarchismus gebildet hatten, waren inzwischen weitestgehend mit der Republik versöhnt. Eine klar konservative republikanische Rechte war zum damaligen Zeitpunkt noch sehr schwach – ebenso wie auf der Linken die ebenfalls zum »Parti républicain« gehörenden Sozialisten; beide Tendenzen sollten erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts an Bedeutung gewinnen. All diese Umstände sprechen dafür, das republikanische Spektrum um 1890 im wesentlichen mit der Tradition des französischen Liberalismus gleichzusetzen.

12 Vgl. hierzu Thomas Raithel: Der preußische Verfassungskonflikt 1862-66 und die französische Krise von 1877 als Schlüsselperioden der Parlamentarismusgeschichte. In: Stefan Fisch u.a. (Hrsg.): Machtstrukturen im Staat in Deutschland und Frankreich – Les structures de pouvoir dans l'Etat en France et en Allemagne. Stuttgart 2007, S. 29-50.



Ende des 19. Jahrhunderts gab es innerhalb dieses republikanischen Spektrums zwei in sich heterogene Haupttendenzen, die auch die große Mehrheit der Parlamentsabgeordneten (zum Beispiel 1893 über 400 von 570) stellten: die »gemäßigten« und die »radikalen« Republikaner (»Modérés« und »Radicaux«). Erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts, als es im Gefolge der politischen Erschütterungen der Dreyfus-Affäre zu einer »Parteigründungswelle« kam, konkretisierten sich diese Tendenzen zumindest ansatzweise auch in Form moderner parteipolitischer Strukturen.

Auf der republikanischen Rechten standen die sogenannten »Opportunistes«. Diese Etikettierung war in den späten 1870er Jahren zunächst ein Schimpfwort ihrer radikal-republikanischen Gegner gewesen, das dann bis Anfang der 1890 Jahre als Selbstbezeichnung gebraucht wurde. Danach wurde es von dem neuen, in die Zukunft weisenden Begriff der »Progressistes« abgelöst, erst später kam die Bezeichnung »Modérés« (»Gemäßigte«) in Umlauf – die in der Literatur als Oberbegriff oft auch rückblickend bis 1870 verwendet wird. In mancher Hinsicht standen die Opportunistes in der Nachfolge des konservativen Liberalismus, wobei es zu einer Einbindung von Vernunftrepublikanern monarchistischer Provenienz und um 1890 auch von »rallierten« Katholiken kam. In den 1880er Jahren brach das bislang dominierende Milieu der liberal-konservativen Notabeln allmählich auf, und Angehörige eines neuen unteren Mittelstands drangen auch auf Seiten der Opportunistes in die Politik vor¹³. Bekannte »opportunistische« Politiker waren beispielsweise der späte Léon Gambetta (1838-1882, Ministerpräsident 1881-1882), Jules Grévy (1807-1891, Staatspräsident 1879-1887), Jules Ferry (1832-1893, Ministerpräsident 1880-1881 und 1883-1885), Charles Louis de Saulce de Freycinet (1828-1923, Ministerpräsident 1879-1880, 1882, 1886 und 1890-1892), Alexandre Ribot (1842-1923, Ministerpräsident 1892-1893, 1895, 1915 und 1917) sowie Pierre Waldeck-Rousseau (1846-1904, Ministerpräsident 1899-1902). Bis Mitte der 1880er Jahre verfügten die Opportunistes oder – wie sie sich gern nannten – »Républicains de gouvernement« in der Abgeordnetenkammer über

13 Generell zum Umbruch der traditionellen französischen Notabelngesellschaft vgl. Heinz-Gerhard Haupt: Sozialgeschichte Frankreichs seit 1789. Frankfurt/M. 1989, S. 203-218.

breite Mehrheiten und beherrschten damit auch die Regierungen. Bis etwa zur Jahrhundertwende blieben sie die stärkste parlamentarische Kraft, beteiligten zur Sicherung der Mehrheitsbildung aber meist Anhänger der Radicaux an den Kabinetten. Mit der 1901 gegründeten »Alliance Républicaine Démocratique« bildete sich – wenngleich die Organisationsformen nur rudimentär ausgebildet waren – im Spektrum der Modérés erstmals eine politische Partei im modernen Sinne. Zwei Jahre später folgte mit der rechtsliberal-konservativen »Fédération républicaine« eine zweite, deutlich weiter rechts angesiedelte Parteigründung des »gemäßigten« Republikanismus.

In der zweiten Hälfte der 1870er Jahre formierten sich die Radicaux, die in der Abgeordnetenkammer zunächst die Fraktion »extrême gauche« bildeten, als linker Flügel des republikanischen Lagers¹⁴. Dabei knüpften sie an eine seit der Julimonarchie verbreitete Bezeichnung für entschiedene Republikaner an. Über die Zuordnung der neuen Radicaux zum Liberalismus besteht in der Literatur keine Einigkeit¹⁵. Zweifellos vertraten sie zunächst – hiervon wird gleich noch zu sprechen sein –, als sie auf Formen der direkten Demokratie zusteuerten, verfassungsrechtliche Positionen, welche die liberale Tradition sprengten. Die Erfahrung des Boulangismus, der für Teile der Radicaux eine Versuchung gebildet hatte, förderte dann aber neben der zunehmenden eigenen Regierungsbeteiligung die Annäherung an die bestehenden Verfassungsverhältnisse. Es spricht daher Vieles dafür, die Radicaux seit etwa 1890 weitgehend dem Liberalismus zuzurechnen. Aus dieser Perspektive lässt sich der Radikalismus als große linksliberale Kraft interpretieren, die insbesondere in der Provinz tief verwurzelt war und dort neben einer mittelständisch-kleinbürgerlichen und agrarischen Basis auch ein eigenes Honoratiorenmilieu ausbildete¹⁶. Von kurz nach der Jahrhundertwende bis kurz vor dem Ersten Weltkrieg stellten die Radicaux die dominierende innenpolitische Kraft dar, so dass in der Literatur für diese Phase auch von einer »République radicale« gesprochen wird¹⁷. Der 1901 gegründete »Parti républicain radical et radical-socialiste« bildete fortan eine lose organisatorische Klammer des französischen Radikalismus. Der Zusatz »radical-socialiste« hatte im übrigen pro-

14 Zur Geschichte des Radikalismus im 19. Jahrhundert vgl. Jean-Thomas Nordmann: *Histoire des radicaux 1820-1973*. Paris 1974, S. 15-126; Daniel Mollenhauer: Auf der Suche nach der »wahren Republik«. Die französischen »radicaux« in der frühen Dritten Republik (1870-1890). Bonn 1997.

15 Während z.B. Sick (wie Anm. 3) und Krumeich (wie Anm. 1) die Radicaux weitgehend ausklammern, rechnet sie Hudemann (wie Anm. 1) ab den 1880er Jahren dazu. Die Ergebnisse Mollenhauers (wie Anm. 14) zum Wandel der verfassungspolitischen Vorstellungen der Radicaux in den späten 1880er Jahren stützen die letztgenannte Position.

16 Zur Entstehung eines »radikalen«, republikanisch-laizistischen Milieus in der Provinz während der frühen Dritten Republik am Beispiel der Corrèze vgl. Manfred Kittel: Provinz zwischen Reich und Republik. Politische Mentalitäten in Deutschland und Frankreich 1918-1933/36. München 2000, S. 100-108.

17 Vgl. v.a. Madeleine Rebérioux: *La République radicale? 1898-1914*. Paris 1975. Zur affirmativen Verwendung des Begriffs vgl. v.a. das Schlusswort, ebd., S. 233.

grammatisch keine Grundlage und spiegelte den Versuch, für die nun sozialistisch gewordene äußerste Linke weiterhin attraktiv zu erscheinen. Langfristig rückten große Teile der Radicaux zunehmend in die Mitte, teilweise gelangten sie sogar zu einer ausgesprochen sozialkonservativen Haltung. Prominente Vertreter der Radicaux waren im späten 19. Jahrhundert beispielsweise Léon Bourgeois (1851-1925, Ministerpräsident 1895-1896), Georges Clemenceau (1841-1929, Ministerpräsident 1906-1909 und 1917-1920), Emile Combès (1835-1921, Ministerpräsident 1902-1905) oder Camille Pelletan (1846-1915). Generell ist zu berücksichtigen, dass es Ende des 19. Jahrhunderts zwischen den beiden großen Haupttendenzen des republikanischen Spektrums keine strikten Grenzen gab, sondern in vielfacher Hinsicht fließende Übergänge, was sich in manchen politischen Biographien oder auch im fluktuierenden parlamentarischen Fraktionswesen spiegelte.

3. Inhaltliche Grundpositionen der liberalen Kräfte

Eine Skizzierung der inhaltlichen Grundpositionen im republikanisch-liberalen Lager Frankreichs um 1890 fällt vor allem aus zwei Gründen schwer. Zum einen handelte es sich um ein sehr breites politisches Spektrum, und zum zweiten gab es statt wie auch immer gearteter parteipolitischer Programmaussagen eine Vielzahl individueller und stets fluktuierender Meinungen, wobei zudem eine nicht unerhebliche Differenz zwischen politischer Rhetorik und politischem Handeln festzustellen ist. Es sind daher im Rahmen dieses Beitrags lediglich sehr grobe Kennzeichnungen möglich.

Zunächst sei ein Blick auf die Gemeinsamkeiten geworfen, die trotz aller Differenzen zwischen den verschiedenen Tendenzen einen gewissen Fundus charakteristischer Grundvorstellungen bildeten. Ganz elementar war zweifellos der geschichtspolitische Bezug auf die Tradition von 1789, auch wenn diese teilweise unterschiedlich definiert wurde. Eng damit verbunden war die Deutung der repräsentativen parlamentarischen Demokratie als Ausdruck der Volkssouveränität bei gleichzeitiger Ablehnung plebisцитärer Verfassungselemente. Viele konservative Liberale alter Prägung traten erst in der Anfangsphase der Dritten Republik auf den Boden eines derart »demokratisierten« Liberalismus. Umgekehrt gaben die Radicaux, wie bereits erwähnt, erst seit der Erfahrung des Boulangismus in den späten 1880er Jahren ihre Hoffnungen auf Verbindung des parlamentarischen Systems mit direktdemokratischen Verfassungselementen auf. Weiterhin ist im Kontext des revolutionären Erbes das prinzipielle Eintreten für liberale Grundrechte anzuführen. Die auf die Menschenrechtserklärung von 1789 zurückreichende Vorstellung von Frankreich als dem führenden Land der »droits de l'homme« erhielt im republikanisch-liberalen Selbstverständnis geradezu den Rang eines nationalen

Mythos, wenngleich es in der Realität – etwa im Kampf gegen die tatsächlichen oder vermeintlichen Feinde der Republik – durchaus empfindliche Restriktionen gab.

Gemeinsam war dem republikanisch-liberalen Spektrum auch eine grundsätzliche Hochschätzung des Privateigentums und der Wirtschaftsfreiheit, freilich mit der wichtigen Einschränkung, dass die Mehrheit des französischen Wirtschaftsbürgertums eine protektionistische Grundüberzeugung besaß. Zwischen politischem Liberalismus und Freihandelsliberalismus bestand in Frankreich daher oftmals eine erhebliche Spannung¹⁸. Verbindend war hingegen der Antikollektivismus, der sich vor allem gegen die aufkommende sozialistische Bewegung richtete.

Die individualistische Grundhaltung des französischen Liberalismus war eng verwandt mit einer generellen Antipathie gegen die disziplinierende Kraft politischer Gruppierungen, insbesondere auch der parlamentarischen Fraktionen und nach der Jahrhundertwende auch der ansatzweise entstandenen Parteien¹⁹. Politische Entscheidungen fielen meist in einer überaus komplexen deliberativen Verhandlungskultur, in welche die führenden politischen Persönlichkeiten eingebunden waren.

Ein Band, das nahezu den gesamten Liberalismus des späten 19. Jahrhunderts umfasste, bildete der Laizismus und Antiklerikalismus. Diese gemeinsame Grundüberzeugung zielte auf eine Zurückdrängung der Religion in die Privatsphäre und damit auf die politische Schwächung eines katholischen Konservativismus und die nachhaltige Sicherung der Republik. Ein wesentliches Konfliktfeld war die Durchsetzung einer republikanisch-demokratischen Schule für alle Staatsbürger. Bereits seit den späten 1870er Jahren verfolgte die »opportunistische« Regierungspolitik eine offensiv-laizistische Politik. Maßgebliche Schritte im Ausbau des republikanischen Schulwesens fanden in der Verantwortlichkeit von Jules Ferry als Ministerpräsident und Unterrichtsminister in den frühen 1880er Jahren statt. Nach der Jahrhundertwende intensivierte sich dieser Kurs unter Führung der Radicaux, bis hin zur konsequenteren Trennung von Staat und Kirche im Jahr 1905. Innerhalb des französischen Laizismus gab es freilich in der hier behandelten Epoche erhebliche Unterschiede im Grad der Ausprägung. Während die Modérés eher zu einer relativen Toleranz gegenüber der katholischen Kirche neigten, war unter den Radi-

18 Vgl. den Ausblick in Pierre Ayçoberry: Freihandelsbewegungen in Deutschland und Frankreich in den 1840er und 1850er Jahren. In: Langewiesche (Hrsg.) (wie Anm. 9), S. 296-304, hier S. 303; Hudemann (wie Anm. 1).

19 Zur Persistenz derartiger Vorstellungen bis in die Zwischenkriegszeit vgl. Stefan Grüner: Zwischen Einheitssehnsucht und Massendemokratie. Zum Parteien- und Demokratieverständnis im deutschen und französischen Liberalismus der Zwischenkriegszeit. In: Horst Möller/Manfred Kittel (Hrsg.): Demokratie in Deutschland und Frankreich 1918-1933/40. Beiträge zu einem historischen Vergleich. München 2002, S. 219-249.

caux nicht selten ein illiberaler, kultatkämpferisch antiklerikal Eifer verbreitet.

Markante programmatische Differenzen zwischen den liberal-republikanischen Hauptströmungen bestanden zunächst im Bereich der verfassungspolitischen Vorstellungen. Die Opportunistes waren die eigentlichen Träger des in den »*lois constitutionnelles*« von 1875 fixierten Verfassungskompromisses mit den monarchistischen Kräften. Die Radicaux hingegen traten zunächst für eine Revision der Verfassungsgesetze von 1875 ein und wandten sich insbesondere gegen das Amt des Präsidenten der Republik und gegen die Existenz des Senats, der nicht nach dem Prinzip des allgemeinen (Männer-) Wahlrechts zusammengesetzt war und in gewisser Hinsicht eine Erbschaft der parlamentarischen Monarchie darstellte. Zu den direktdemokratischen Vorstellungen, denen sich viele Radicaux zeitweise annäherten und die über die Basis liberaler Grundüberzeugungen hinausgingen, gehörte insbesondere die Idee eines imperativen Mandats der Kammerabgeordneten. Seit den späten 1880er Jahren verlor das radikal-republikanische Alternativmodell jedoch an Kraft, und die Radicaux entwickelten sich nach und nach zum vehementen Bewahrer der bestehenden Verfassungskonstruktion – freilich unter Beibehaltung eines schwachen Staatspräsidenten, so wie das Amt durch die Weichenstellung von 1877 geformt worden war. Verfassungskritik kam seit den 1890er Jahren eher von konservativen Modérés, die unter dem Eindruck des wachsenden Gewichts der Radicaux und des eigenen Bedeutungsverlustes Unbehagen an den Folgen einer konsequenten parlamentarischen Demokratie zeigten und unter anderem wieder über eine Stärkung des Staatspräsidenten nachdachten²⁰.

Für Differenzen innerhalb des republikanisch-liberalen Spektrums sorgte Ende des 19. Jahrhunderts auch die Kolonialpolitik. Unter dem Einfluss maßgeblicher Opportunistes wie Gambetta und vor allem Ferry betrieb Frankreich seit den 1880er Jahren wieder eine aktive Politik kolonialer Expansion, so in Tunesien, Indochina und Madagaskar. Skeptiker und Gegner fanden sich teilweise auch unter den »gemäßigten« Republikanern, in erster Linie aber in den Kreisen der Radicaux. Insbesondere der junge Clemenceau tat sich mit scharfer Kritik an der neuen Kolonialpolitik hervor, die er zum einen als Verletzung einer universalistischen Konzeption der Menschenrechte und zum anderen – wie die Förderung der französischen Kolonialpolitik durch Bismarck beweist, nicht ganz zu Unrecht – als Ablenkung vom nationalen Ziel der Wiedergewinnung Elsass-Lothringens bekämpfte²¹. Erst nach und nach schwenk-

20 Sick (wie Anm. 3) entwickelt aus diesen Problemen der Modérés mit einer konsequenten Demokratisierung die vor allem aus der staatsrechtlichen Diskussion abgeleitete These, dass es langfristig auch in Frankreich eine »Krise des Liberalismus« gegeben habe. Allerdings beschränkt Sick den Begriff Liberalismus dabei weitgehend auf die Modérés.

21 Vgl. Nordmann (wie Anm. 14), S. 87-90.

ten auch die Radicaux auf eine Unterstützung der französischen Kolonialpolitik ein.

Die soziale Frage, die sich im demographisch stagnierenden und nur langsam von Urbanisierung und Industrialisierung erfassten Frankreich weniger schroff stellte als etwa im Deutschen Reich, sorgte im republikanisch-liberalen Spektrum eher für rhetorische als für tatsächliche Divergenzen – eine der Bismarckschen Sozialgesetzgebung ähnliche Entwicklung fand im Frankreich des späten 19. Jahrhunderts nicht statt. In den Kreisen der Radicaux, die den Sozialisten nicht das Feld überlassen wollten und insbesondere den Genossenschaftsgedanken vertraten, kursierte das Schlagwort von der »République démocratique et sociale«. Bereits in den 1890er Jahren nannte sich eine der beiden radikalen Fraktionen in der Abgeordnetenkammer »radical-socialiste«. Während sich ein Teil der Opportunistes zaghaft dem Trend zu begrenzten Sozialreformen öffneten, stieß dies bei anderen auf wenig Gegenliebe; stattdessen wurde hier eher demonstratives Vertrauen in die »prévoyance individuelle« gepredigt²². Einen weiteren Streitpunkt, der in der Schnittstelle von Sozial- und Finanzpolitik lag, bildete die Frage, ob auch in Frankreich eine progressive Einkommenssteuer eingeführt werden solle. Die Radicaux waren weitgehend dafür, die Opportunistes bzw. Modérés dagegen. Nach Jahrzehntelangem Konflikt wurde erst 1914, kurz vor dem Ersten Weltkrieg, ein entsprechendes Gesetz verabschiedet.

4. Ursachen der politischen Stärke des französischen Liberalismus

Welche Ursachen lassen sich für die – gerade im Vergleich zu Deutschland – erstaunliche innenpolitische Stärke benennen, die der französische Liberalismus im weitgefassten Sinn Ende des 19. Jahrhunderts besaß? Im Folgenden sollen hierauf zumindest einige stichpunktartige Antworten gegeben werden.

Generell sei zunächst auf die anhaltende Bedeutung des französischen Bürgertums verwiesen, das in seinen unterschiedlichen Schichten der wichtigste Träger liberaler Grundvorstellungen blieb. Während das selbstbewusste Großbürgertum, das dem Adel nach und nach den Rang abließ, meist den Modérés zuneigte, besaßen die Radicaux ihre stärksten Positionen im kleinstadtlichen Milieu, das weite Teile der französischen »Provinz« beherrschte. Das Wachstum der Arbeiterschaft blieb in Frankreich aus den bereits genannten Gründen weit hinter der deutschen Entwicklung zurück, was auch den Aufstieg der sozialistischen Bewegung verlangsamte. Umgekehrt lag der

22 So Ferry 1884 vor der Abgeordnetenkammer. Zitiert nach Mayeur (wie Anm. 7), S. 94.

Anteil der wirtschaftlich Selbständigen in Frankreich Ende des 19. Jahrhunderts deutlich höher als in Deutschland²³.

Weiterhin ist auf die insgesamt nur als Erfolg zu deutende Geschichte des französischen Liberalismus im 19. Jahrhundert zu verweisen, die in der Dritten Republik zu einer weitgehenden Durchsetzung liberaler Prinzipien geführt hat. Auf dieser Basis war den französischen Liberalen stets ein äußerst selbstbewusstes Agieren möglich. Im Laizismus und Antiklerikalismus fanden die liberalen Strömungen zudem ein Feld, das im aktuellen politischen Tageskampf immer wieder Gelegenheit zur Mobilisierung der eigenen Kräfte gab²⁴.

Um 1890 war in der politischen Kultur Frankreichs eine weitgehende Koinzidenz von Nation, Republik und liberalem Spektrum hergestellt. Der Mythos der nationalen Revolution und der neu geschaffene Mythos der Republik gingen inzwischen ineinander über²⁵. Die Dritte Republik erwies sich als eine erfolgreiche Staatsform, die der französischen Nation auch international wieder eine verbesserte Stellung verschaffte, wie sich beispielsweise in der außenpolitischen Annäherung an Russland und im Glanz der großen Pariser Weltausstellungen von 1878 und von 1889 zur Hundertjahrfeier der Revolution zeigte. Hingegen blieb eine autoritär-monarchische Politik in Frankreich für viele mit dem Signum der nationalen »Défaite« von 1870/71 behaftet. Die »nationale Idee [wurde] in der französischen politischen Kultur eindeutig durch Liberale und Republikaner besetzt«²⁶.

Zur Erfolgsgeschichte des französischen Liberalismus gehörte insbesondere auch die trotz äußerlicher Instabilität der Kabinette und trotz mancher schwerer Krisen bewiesene Funktionsfähigkeit des 1870-75 durchgesetzten parlamentarischen Regierungssystems. Der zunächst ohne organisierte Parteien auskommende Parlamentarismus französischer Prägung, der in gewisser Hinsicht auf einem institutionalisierten Individualismus beruhte, förderte zudem einen außergewöhnlichen Pragmatismus der politischen Elite. Nicht zufällig trug die große Strömung des »gemäßigten« Republikanismus den Namen »Opportunistes«; und auch viele Radicaux nahmen im Laufe der Zeit immer mehr eine »opportunistische« Grundhaltung an. Dies verlieh dem liberalen Spektrum der Dritten Republik, aber auch dem parlamentarischen System insgesamt ein hohes Maß an politischer Flexibilität – was mittelfristig der Selbstbehauptung sowohl der französischen Liberalen als auch des gesamten politi-

23 Zu den Konsequenzen eines abweichenden Verlaufs der Industrialisierung vgl. v.a. Kaelble (wie Anm. 3), S. 31.

24 Kaelble (wie Anm. 3), S. 68, spricht treffend von einem »griffigen Feind für antiklerikale liberale Mobilisierung«.

25 Zum Mythos der Republik in der frühen Dritten Republik vgl. v.a. Maurice Agulhon: *Marianne au pouvoir. L'imagerie et la symbolique républicaines de 1880 à 1914*. Paris 1989.

26 Kaelble (wie Anm. 3), S. 67.

schen Systems zugute kam. Erst in der Zwischenkriegszeit stießen diese Vorzüge allmählich an ihre Grenzen.

5. Politischer Individualismus als langfristige Schwäche

Wie bereits mehrfach erwähnt, war der ausgeprägte politische Individualismus ein markantes Kennzeichen des französischen Liberalismus im späten 19. Jahrhundert. Gerade die innenpolitische Stärke des liberalen Spektrums bildete eine wichtige Voraussetzung dafür, dass dieses Element der politischen Kultur auch langfristig erhalten blieb. Angesichts der liberalen Dominanz im politischen Leben Frankreichs gab es bis zum Ersten Weltkrieg wenig Veranlassung zu einer nachhaltigen organisatorischen und programmatischen Verfestigung der politischen Kräfte. Auch nach der ersten Parteidgründungswelle Anfang des 20. Jahrhunderts änderte sich daran zunächst wenig. Zwar existierte seit 1905 mit der SFIO (»Section Française de l'Internationale Ouvrière«) auch eine vereinigte und relativ gut organisierte sozialistische Partei. Von der Stärke und strukturellen Modernität der deutschen Sozialdemokratie, die für die übrigen deutschen Parteien vielfach als Herausforderung wirkte, blieben die französischen Sozialisten vor 1914 jedoch weit entfernt.

Vor dem Ersten Weltkrieg scheinen die Vorzüge des politischen Individualismus noch deutlich überwogen zu haben. Trotz der schwachen Kohäsionskraft der parlamentarischen Fraktionen und später auch der Parteien funktionierte der französische Parlamentarismus dank seiner Flexibilität gerade in Krisensituationen relativ gut. So folgte auf den manchmal überraschenden Sturz einer Regierung meist eine ebenso rasche Kabinettsneubildung, wobei oftmals ein großer Teil der Minister übernommen wurde. Das alte liberale Ideal einer rationalen parlamentarischen Deliberation zwischen unabhängigen Individuen blieb zwar auch in Frankreich unerreicht, die komplexen Diskussionsprozesse in den französischen Kammern führten aber zumeist doch zu hinreichenden politischen Ergebnissen. Dies gilt mit Einschränkungen sogar noch für das erste Jahrzehnt der Zwischenkriegszeit²⁷.

Auf die Dauer freilich gerieten die grundlegenden Verfahrensweisen des französischen Parlamentarismus, die weiterhin stark von den großen liberalen Tendenzen des späten 19. Jahrhunderts und von dem hier gepflegten Politikstil beeinflusst waren, in eine latente Krise. Dies lag zum einen an den wach-

27 Zur unmittelbaren Nachkriegszeit vgl. Nicolas Rousselier, *Le parlement de l'éloquence. La souveraineté de la délibération au lendemain de la Grande Guerre*. Paris 1997; zur relativ gut überstandenen Krise Mitte der 1920er Jahre vgl. Thomas Raithel, *Das schwierige Spiel des Parlamentarismus. Deutscher Reichstag und französische Chambre des Députés in den Inflationskrisen der 1920er Jahre*. München 2005, S. 349-523.

senden und drängender werdenden politischen Herausforderungen, etwa im Gefolge der Weltwirtschaftskrise, die den schwerfälligen Gang der traditionellen französischen Politik zunehmend obsolet machte und als antiquiert erscheinen ließ. Zum anderen wurden die politischen Spielräume der traditionellen Kräfte der Modérés und der Radicaux immer enger. Auf der Linken erstarkten die relativ gut organisierten Parteien der Sozialisten und Kommunisten, während gleichzeitig die einst liberal-konservative »Fédération Républicaine« nach rechts abdriftete und eine außerparlamentarische Opposition rechtslastiger Ligen an Bedeutung gewann. Die phasenweisen Anläufe zu einer stärker parteigebundenen Regierungsbildung, an denen sich die Radicaux zusammen mit den Sozialisten (»Cartel des Gauches« von 1924) und später auch den Kommunisten (Volksfront von 1936) beteiligten, scheiterten jeweils nach kurzer Zeit.

Auch in der krisenhaften Vierten Republik, deren Verfassungssystem in vielerlei Hinsicht der Dritten Republik ähnelte, gelang kein Übergang zu einer wirklichen Parteidemokratie. Unter dem Eindruck des Algerien-Konflikts betrieb schließlich General de Gaulle 1958 den Systemwechsel von einem konsequenten parlamentarischen System, das stark von der individualistischen Tradition des französischen Liberalismus geprägt war, hin zu einem semipräsidentiellen System, das der autoritär-bonapartistischen Tradition wieder mehr Gewicht gab. Angesichts der inzwischen manifest gewordenen Schwäche der parlamentarischen Demokratie in Frankreich war dieser Schritt durchaus konsequent.